

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,

für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. bei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. wöchentlich 50 Pf. Einzelnummern 10 Pf. Alle Kopienhalter, Postträger und Geschäftsstellen sind zu jeder Zeit bereit, die Abnahme der Tagesblätter zu erleichtern. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6



Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt. Nr. 6 — 91. Jahrgang

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 6 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2840 Freitag, den 8. Januar 1932

Selter — Bier — Schnaps — Salz.

Großer Beliebtheit erfreut sich die letzte Notverordnung ja gerade nicht — was durchaus zu verstehen ist, weil der Staatsbürger an ihr kaum eine einzige angenehme Seite zu finden vermag. Aber eine solche Seite, wenn auch nur winzig klein, ist doch vorhanden: Die Notverordnung hat eine Steuer aufgehoben. Die Mineralwassersteuer. Der Verzicht auf sie mag dem Reichsfiskus weiter nicht schmerzhaft sein, denn ihr Ertrag war so gering, daß er längst nicht einmal die Verwaltungskosten erreichte. Da ist's leicht, den „Großmütigen“ zu spielen! Dafür hatte aber diese Steuer geradezu verheerend auf die Mineralwasserindustrie gewirkt, hatte zu einem gewaltigen Absatzrückgang und entsprechend großen Erzeugungs- und Vertriebskosten, Erntungen geführt und ist überhaupt eine Steuer auf ein Genussmittel gewesen, wie sie — nicht sein soll!

Man darf heute daran erinnern, weil schon recht bestimmt aufstrebende Gerüchte von einer Reform der Biersteuer sprechen. Ist doch der Rückgang des deutschen Bierkonsums — übrigens auch nach zögerndem Eingeständnis der Finanzverwaltung — weit größer geworden, als die künftige Massenauftrast dies hätte veranlassen können. Die scharfe Erhöhung der Biersteuer durch das Reich, noch mehr die kommunale Belastung dieses Genussmittels hat dem Konsum einen so scharfen Stoß nach unten gegeben, daß der Reichsfiskus betrüblich einen enormen Schwund seiner Einnahmen aus dieser Steuer feststellen mußte. Was man bekanntlich mit dem treffenden Bild bezeichnet: Überdrehung der Steuer-schraube. Die Steuererhöhung führt praktisch zu einer Einnahmeverminderung, die Schraube faßt nicht mehr. Gegen das Jahr 1930 ist der Bierkonsum um 30 Prozent zurückgegangen, nachdem er schon in jenem Jahr gegenüber 1929 erheblich nachgelassen hatte. Zu einer solchen Katastrophe wie beim Mineralwasser hat die überhöhte Biersteuerung zwar nicht geführt, wohl aber brachte sie schwere Zeiten und große Verluste über die deutsche Bierwirtschaft, vom Erzeuger bis zum letzten Gastwirt. Wenn der Fiskus erst einen Rückgang der Einnahmen spürt, dann läßt er eher mit sich reden, namentlich wenn er einsehen muß, daß der Rückgang zu erheblichem Teile durch die Übersteuerung verursacht wird.

Auffallenderweise ist die Durchführung der notwendigen Verpflichtung, die gebundenen Preise bis zum 1. Januar 1932 um 10 Prozent herunterzusetzen, für die Brauindustrie bis zum 1. Februar hinausgeschoben worden — es heißt, daß man die Preisentlastung durch eine gleichzeitige Biersteuererhöhung möglichst drastisch machen wolle. Auch die Frage der kommunalen Biersteuerung soll in die Reform einbezogen werden. Wenn es dazu kommt, so geschieht das nicht aus väterlicher Liebe des Staates zum Konsumenten oder zur Brauindustrie, einschließlich des Gastwirtsverkehrs, sondern ein Zurückdrehen der Steuer-schraube würde lediglich dem „sacro egoismo“ des Fiskus hinsichtlich seiner Einnahmen entgegenkommen. „Qui trop embrasse, mal étreint“ sagt der Franzose, was man mit dem deutschen Sprichwort „allzu scharf übersehen kann“ auch für die Steuerverwaltung verständlich übersetzen kann. Wohin die Richtbefolgung dieses Mahnwortes führt, hat sich ja bei der Reichsmonopolverwaltung gezeigt, die jetzt schon auf einen Vorrat von zwei Millionen Reichsmark Weinspiritus verfügt, weil der Trinkbrennweinkonsum infolge der enorm hohen Steuer gegen 1928 um 60 Prozent zurückgegangen ist. Infolgedessen Ermäßigung dieser Steuer zwecks Hebung des Konsums und dadurch des Steuerertrages sprechen. Die großen finanziellen Sorgen der Monopolverwaltung werden also — um an Wilhelm Buschs bekanntes Wort zu erinnern — gerade durch die unverkäuflichen Riesensluten des vorhandenen „Lagers“ verursacht.

Man muß aber auch andere, sehr viel weniger angenehm zu hörende Gerüchte verzeichnen: die Einführung einer Reichssalzsteuer. Der preussische Finanzminister soll dem Reichskanzler diesen Vorschlag gemacht haben. Offenbar denkt er dabei: „Was dem Jücker recht ist, muß dem Salz billig sein! Leicht lassen sich über eine Reichssalzsteuer — von deren Erträgen dann die Länder zwecks Deckung der dortigen Fehlbeträge einen Teil abbekommen wollen und sollen — allerdings hässliche „Gabeln“ — die Salzsteuer, eine der Ursachen für die — französische Revolution war. Auch in Indien wirkte diese Steuer bekanntlich revolutionierend —, womit nun aber nicht etwa gesagt sein soll, daß man es auch Herrn Dr. Brüning „verjagen“ wollte, wenn diese Steuer in Deutschland wieder eingeführt würde: sie gab es nämlich schon einmal. Allerdings könnte sich Dr. Brüning diesem Vorschlag des Deckung suchenden preussischen Finanzministers gegenüber auch mit anderen Gründen wehren, vor allem mit dem einen, daß diese Gesamterträge aller vier großen Genussmittelsteuern — Bier, Branntwein, Zucker, Tabak — reiflos dem Reiche zuströmen, eine Reichssalzsteuer zugunsten auch der Länder also dieses System durchbrechen würde.

Um die Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs

Der Reichskanzler empfängt Hitler.

Hindenburgs Präsidentschaft soll verlängert werden. Reichskanzler Dr. Brüning hat im Beisein des Reichsinnenministers Dr. Groener am Donnerstag den Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, empfangen. Dieser Empfang Hitlers ist auf einen Wunsch des Reichsinnenministers zurückzuführen, der den Führer der Nationalsozialisten telegraphisch nach Berlin gebeten hat. Hitler ist diesem Wunsche umgehend gefolgt und hat in Berlin im Hotel „Kaiserhof“ Wohnung genommen.

Die Aussprache zwischen Brüning, Groener und Hitler bezog sich, wie in politischen Kreisen verlautet, auf die bevorstehenden innenpolitischen Entscheidungen, vor allem aber auf die Frage, ob die Amtszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg, die im Mai d. J. abläuft, ohne die in der Verfassung vorgeschriebene Volksbefragung verlängert werden soll. In Kreisen der Reichsregierung möchte man in Anbetracht der schweren außenpolitischen Entscheidungen, die die nächsten Monate für das deutsche Volk bringen werden, von einem Wahlkampf um den Posten des Reichspräsidenten möglichst absehen, zumal in den Frühjahrsmontaten auch Neuwahlen für den Preussischen Landtag stattfinden sollen, die die politischen Gemüter außerordentlich bewegen werden.

Hindenburg selbst soll, wie es heißt, nicht abgeneigt sein, seine Amtszeit verlängern zu lassen. Allerdings soll er an diese Verlängerung die Bedingung geknüpft haben, daß alle Parteien, von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten, für diese Ausdehnung zustimmen. Der Empfang Hitlers durch Brüning und Groener soll nun Arbeit darüber gewinnen, ob die Nationalsozialisten geneigt sind, einer Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs zuzustimmen. Diese Verlängerung wäre nur auf dem Wege eines verfassungsändernden Gesetzes möglich, zu dem eine Zweidrittelmehrheit im Reichstag und somit die Zustimmung der Nationalsozialisten notwendig wäre. In Kreisen der Reichsregierung glaubt man, daß die Sozialdemokraten damit einverstanden sein werden, wenn Hindenburg noch für ein paar Jahre Reichspräsident bleiben würde. Wenigstens denken verschiedene Auslassungen in der sozialdemokratischen Presse auf diese Bereitwilligkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hin.

Es wäre wünschenswert, wenn die Öffentlichkeit über diese wichtigen innenpolitischen Vorgänge, wie sie der Empfang Hitlers durch Brüning und Groener darstellt, bald in ausreichendem Maße informiert wird, denn der Ausgang dieser Besprechung dürfte für die weitere Entwicklung der Innen- und Außenpolitik Deutschlands von allergrößter Wichtigkeit sein.

Hitler bei Brüning.

Die Besprechung, die Adolf Hitler bereits am Mittwoch mit Reichsinnenminister Groener gehabt hat, ist bis Donnerstagabend geheimgehalten worden. Der Wunsch zu dieser Unterredung ging von Groener als dem für Verfassungsfragen zuständigen Reichsinnenminister aus. Die Donnerstag-Besprechung, an der auch Reichskanzler Brüning teilnahm, fand gleichfalls im Reichsinnenministerium statt und dauerte von 16.00 bis 17.30 Uhr. Die Unterredungen wurden, wie von beteiligter Seite versichert wird, in durchaus freundschaftlicher Form geführt. In unterrichteten Kreisen unterrichtet man den von dem Parteiführer der NSDAP für seine Stellungnahme gemachten Vorbehalt einer vorherigen Fühlungnahme mit den übrigen Parteien der Nationalen Opposition.

Freitag neue Aussprache Groener-Hitler.

In unterrichteten Kreisen verlautet, daß Adolf Hitler voraussichtlich bereits am Freitag vormittag eine Unterredung mit dem Parteiführer der Deutschnationalen, Geheimrat Hugenberg, haben wird und daß noch am Freitag eine neue Aussprache mit dem Reichsinnenminister Groener stattfinden werde. Man glaubt, daß die Entscheidungen bestimmt nicht lange hinausgezögert werden würden.

Bombenanschlag auf den Kaiser von Japan.

Der Kaiser unverletzt.

Tokio. Auf den Kaiser von Japan ist soeben ein Bombenanschlag verübt worden. Der Täter, ein koreanischer Kommunist, wurde festgenommen. Der Kaiser ist unverletzt geblieben, lediglich die Bombe unmittelbar hinter seinem Wagen explodierte. Der Koreaner führte eine zweite Bombe mit sich, die er aber nicht mehr werfen konnte. Die Polizei hatte alle Wände, den Koreaner vor der ertägten Menschenmenge zu setzen.

Hitler teilt mit:

Von Seiten der NSDAP wird parteiamtlich, aus Berlin, mitgeteilt: Adolf Hitler wurde am 5. Januar telegraphisch vom Reichsinnenminister Groener zur Besprechung nach Berlin gebeten. Der Führer hatte am 6. Januar abends mit dem Reichsinnenminister und heute, am 7. Januar, nachmittags mit dem Reichskanzler Dr. Brüning und dem Reichsinnenminister Groener Besprechungen, deren Gegenstand die Frage der Reichspräsidentenwahl war. Adolf Hitler hat sich eine Stellungnahme dem Reichskanzler gegenüber vorbehalten, um vorher den Parteien der Nationalen Opposition seine Auffassung mitzuteilen.

Sozialdemokraten beim Reichskanzler

Die Führer der SPD, Weis und Breitscheid, hatten am Donnerstagabend eine Besprechung bei Reichskanzler Brüning. Es ist anzunehmen, daß diese Besprechung dem gleichen Gegenstand gilt wie die Aussprache Brüning-Hitler.

Berlin, 7. Januar. Die Unterredung des Reichskanzlers mit den Sozialdemokraten Weis und Breitscheid begann, wie vorgegeben, am Donnerstagabend um 21 Uhr. Sie war um 22.30 Uhr noch nicht beendet. Gegenstand der Besprechung war die Haltung der sozialdemokratischen Partei zur Frage einer Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten. Wie verlautet, haben die sozialdemokratischen Abgeordneten ihre endgültige Stellungnahme von einer Befragung des Parteivorstandes abhängig gemacht. Es ist nicht anzunehmen, daß die Entscheidung der Parteien zur Frage der Reichspräsidentenwahl noch am Freitag fallen wird.

Der „Vorwärts“ zu den Verhandlungen Brünings

Berlin, 8. Januar. Im Zusammenhang mit dem Empfang der sozialdemokratischen Führer Weis, Breitscheid und Hilferding durch den Reichskanzler und den Besprechungen Brünings mit Hitler schreift der Vorwärts u. a., als maßgebender Grund für den Plan, die Amtszeit Hindenburgs zu verlängern, werde angeführt, daß die Aufwählung des ganzen Volkes durch eine Reichspräsidentenwahl in diesem Frühjahr nicht nur die Wirtschaftslage weiter verschlechtern, sondern auch die lebenswichtigen Verhandlungen mit dem Ausland schwer gefährden könnten. Erwägungen solcher Art von der Schwelle zurückzuweisen, besteht für die SPD kein Grund. Es gebe zwei Möglichkeiten, die eine Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion überflüssig machen oder sie doch außerordentlich erleichtern würden. Wenn Hitler und Hugenberg ablehnten, so sei die Sache erledigt. Stellen sie Bedingungen und geht die Reichsregierung auf diese Bedingungen auch nur zum allergeringsten Teile ein, so möge die sozialdemokratische Reichstagsfraktion vielmehr formell noch eine Entscheidung zu leisten haben, materiell aber werde diese Entscheidung schon gefallen sein. Nie und nimmer könne die sozialdemokratische Reichstagsfraktion daran denken, ein zwischen der Reichsregierung und der Rechten etwa abgeschlossenes Handelsgeschäft durch ihre Mitwirkung erst rechtsträffig werden zu lassen. Voraussetzung für jede Erwägung des Planes durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sei also die vollkommene Sicherheit dafür, daß den Rechten keinerlei Gegenleistungen für ihr Entgegenkommen in Aussicht gestellt würden. Nur durch die Gewährung einer solchen Sicherheit könne der Plan der Reichsregierung für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion diskutabel werden. Andersfalls müßte so die sozialdemokratische Reichstagsfraktion Gegenforderungen und Gegenbedingungen aufstellen. Auf diesem Weg des Rubhandels zu treten, besteht keine Reizung. Es müsse sich für alle um ein einfaches Ja oder Nein handeln. Ein Zusammenritt der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der nächsten Woche sei vorgezogen, falls die Entwidlung der Dinge einen entsprechenden Verlauf nehme.

Konferenz in Raten.

In Berliner politischen Kreisen hält man es auf Grund der letzten diplomatischen Verhandlungen für nicht unwahrscheinlich, daß eine Unterbrechung der Konferenz in Lausanne erfolgen wird. Die Konferenz würde dann zu einem späteren Zeitpunkt fortgesetzt werden.

In Berliner politischen Kreisen betont man, daß Deutschland alles Interesse daran habe, daß eine endgültige Lösung der Tributfrage erzielt werde. Da zurzeit jedoch die Aussichten für eine Einigung mit den Alliierten nicht besonders günstig sind, und ein Provisorium höchst unerwünscht wäre, scheint es nicht ausgeschlossen, daß die Reichsregierung einem Proviso-